

Wahlprüfsteine des Humanistischen Verbandes zur Landtagswahl in NRW

Beratungsangebote für Menschen die sterben wollen?

Das BVG hat klargestellt, dass die Entscheidung über den eigenen Tod zum Selbstbestimmungsrecht aller Bürger:innen gehört. Deshalb brauchen wir in NRW Netzwerke, die Menschen bei dieser schwierigen Entscheidung unabhängig beraten. Werden Sie sich für humanistische Beratungsangebote einsetzen?

	<p>Als NRWSPD begrüßen wir es, wenn auf Bundesebene in dieser Legislaturperiode eine Entscheidung über die Sterbehilfe getroffen wird. Menschen, die Sterbehilfe in Anspruch nehmen wollen, müssen selbstverständlich die bestmöglichen Versorgungs- und Beratungsangebote bekommen.</p>
	<p>Es ist uns wichtig, dass auf Bundesebene ein umfassendes Schutzkonzept erarbeitet wird, das die Würde des Menschen, seine wohlverstandene Selbstbestimmung und den Schutz des Lebens in den Mittelpunkt stellt. In Artikel 1 unserer Verfassung ist die Würde des Menschen verankert, in Artikel 2 das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Dies gilt von Beginn bis Ende des Lebens. Sterben in Würde ist ein menschnahes Thema. Den Dialog um die entsprechenden Rahmenbedingungen muss die Politik und wollen insbesondere wir als christdemokratische Partei vorantreiben. Das Thema darf kein Tabu sein.</p>
	<p>Die Pluralität von Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen muss sich auf der Grundlage der gesetzlichen Regelungen, die sich derzeit in der Diskussion befinden, auch in den Beratungsangeboten spiegeln.</p>
	<p>Wir wollen die Selbstbestimmung auch am Lebensende erleichtern und ein würdevolles Sterben ermöglichen. Viele Menschen werden auch am Lebensende ihren Hausärztinnen und Hausärzten vertrauen. Deshalb soll die Vernetzung von Hausärztinnen und Hausärzten mit der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung noch weiter gestärkt werden. Eine Strafandrohung gegen ärztliche Sterbebegleitung lehnen wir ab. Bei Fragen zu einem würdevollen Sterben ist eine medizinisch und ethisch qualifizierte Beratung erforderlich. Neben den Hausärztinnen und Hausärzten sowie anderen Leistungserbringern des Gesundheitswesens könnten dabei auch unabhängige Beratungsangebote z. B. organisiert</p>

	<p>durch Verbände oder Vereine eine Rolle spielen. Ein aktiver Aufbau von Beratungsstrukturen durch das Land ist derzeit aber nicht geplant.</p>
	<p>Selbstverständlich !</p>